

„Kagida versucht, uns zu spalten“

Interview: Politikwissenschaftler Bernd Overwien über die islamkritischen Demonstrationen in Kassel

VON KATJA RUDOLPH

KASSEL. Die Gruppe Kagida („Kassel gegen die Islamisierung des Abendlandes“) hat gestern 230 Anhänger um sich versammelt – im Dezember hatten Demonstrationen mit 80 Teilnehmern begonnen. Wir sprachen mit Prof. Bernd Overwien von der Uni Kassel über das Phänomen Kagida.

Kagida schließen sich zunehmend nicht nur Angehörige der rechten Szene an, sondern auch Familien, Rentner und gut situierte Bürger. Wieso hat die Bewegung diesen Zulauf?

PROF. BERND OVERWIEN: Durch den islamistisch begründeten Terror in der Welt gibt es eine Verunsicherung. Viele Menschen haben Angst, dass so etwas auch hier passiert. Das Problem ist, dass wir im Zeitalter der Globalisierung die Gräueltaten von Boko Haram in Nigeria oder den Terror im Mittleren und Nahen Osten wahrnehmen, als wäre er uns nahe. Dabei wird übersehen, dass nur ein sehr geringer Teil der Muslime hier radikal-islamisch denkt. Die Ängste der Menschen macht sich Kagida zu nutze. Der Kern der Bewegung, das muss man klar sagen, steht für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Kagida versucht, unsere Gesellschaft zu spalten.

Noch sind die Dimensionen in Kassel überschaubar. Wird Kagida weiter wachsen?

OVERWIEN: Das ist schwer zu sagen. Ich glaube eher nicht, dass es in Westdeutschland der Fall sein wird. Es gibt eine starke Zivilgesellschaft, die dagegen argumentiert. Im Osten ist die Gefahr größer: Dort gibt es mehr Menschen, die sozialen Abstieg erlebt haben und empfänglicher für die Thesen von Kagida sind.

Was ist von diesen 19 Thesen zu halten? Einige davon - wie der Ruf nach Integration oder nach einer dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen - sind ja auf den ersten Blick unproblematisch.

OVERWIEN: Die 19 Thesen sind die weich gewaschene Version dessen, was die Veranstalter eigentlich in die Welt setzen wol-



Seit sieben Wochen in Kassel: Die Gruppe Kagida demonstriert seit Dezember jeden Montag auf dem Scheidemannplatz gegen eine angebliche Islamisierung des Abendlandes. Vergangenen Montag schlossen sich 230 Menschen der Gruppe an. Foto: Fischer

len. Es handelt sich um typisch populistische Aussagen. So versucht man erst mal, Publikum anzulocken, um die Thesen auf den Demonstrationen dann zu zuspitzen. Ziel ist, Überfremdungsängste zu schüren. Meine Befürchtung ist, dass im Kagida-Fahrwasser auch die Neonazi-Szene in der Region erstarren könnte.

Was ist die Ursache für die Fremdenangst, die ja offenbar viele Menschen teilen?

OVERWIEN: Vorbehalte gegenüber dem, was man als fremd empfindet, und rassistische Tendenzen gibt es auch in der Mitte der Gesellschaft und das schon seit Jahrzehnten. Interessant ist, dass Ablehnung und Angst dort besonders ausgeprägt sind, wo ein direkter Kontakt nicht besteht - zum Beispiel in Dresden, wo es kaum Muslime gibt, aber über 20 000 bei Pegida mitlaufen.

Dann dürfte Kassel, wo jeder Dritte ausländische Wurzeln hat, nicht so gefährdet sein.

OVERWIEN: Im Prinzip nicht. Das heißt natürlich nicht, dass es keine Probleme gibt. Wo verschiedene Kulturen und soziale Gruppen aufeinandertreffen, gibt es mitunter Reibereien, es gibt ghettoartige Viertel, wo Zuwanderer weitgehend unter sich bleiben. Über solche Probleme müssen wir in einer Gesellschaft, in der es Migration gibt und auch künftig geben wird, reden.

Viele Kasseler wollen, dass Kagida lieber heute als morgen auflöst. Aber wie sollte man damit umgehen? Ignorieren oder dagegen gehen?

OVERWIEN: Totschweigen ist mit Sicherheit nicht die richtige Strategie. Ich finde es auch wichtig, dass die Gegendemonstrationen stattfinden, damit Kagida nicht allein eine Bühne kriegt. Man sollte schon deutlich zum Ausdruck bringen, was man selbst zu dem Thema denkt - das muss natürlich friedlich bleiben. Grundsätzlich ist ein Konflikt immer auch eine Chance zur Klärung.

Wir müssen uns überlegen, wie wir mit Migration im Dialog mit Zuwanderern künftig umgehen und wie wir von plumpen Bildern zu einer differenzierten Weltansicht kommen. Bei eingefleischten Neonazis gibt es sicher keine Chance, ein Umdenken zu erreichen, aber bei den Mitläufern lohnt es sich, in die Diskussion zu gehen. Auch in Familien oder in Betrieben.

Werden die Kagida-Anhänger durch den Gegenwind aus Politik und Gesellschaft nicht womöglich noch angetrieben?
OVERWIEN: Es ist schon wichtig, dass die Gruppe von öffentlichen Stimmen bewertet wird. Sie wird sich nämlich ohnehin ihre Öffentlichkeit suchen, vor allem im Internet. Daher werden wir nicht umhinkommen, uns damit auseinanderzusetzen. Kagida spricht Probleme und Ängste rund um das Thema Migration an, die Menschen bewegen. Hier müssen sich die etablierten Parteien, die sich ja immer stärker zur

politischen Mitte entwickelt haben, sich stärker direkt mit den Sorgen der Menschen auseinandersetzen. Und zwar auf konstruktive Weise. Sonst nutzen Parteien wie die AfD oder Gruppen wie Kagida und Co. dieses Vakuum aus.

Zur Person

Prof. Dr. Bernd Overwien (61) ist Leiter des Fachgebiets „Di-

daktik der politischen Bildung“ der Uni Kassel. Er hat Politikwissenschaften, Erziehungswissenschaften und Technik-Arbeitslehre studiert. Vor seiner akademischen Laufbahn, die er auf dem zweiten Bildungsweg einschlug, hat er als Elektriker gearbeitet. Overwien ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Er lebt in Berlin und Kassel. (rud)



Bernd Overwien

Stadt darf Demos nicht verlegen

Versammlungsrecht erlaubt Kundgebungen an jedem Ort, trotz Verkehrsbehinderung

KASSEL. Montag für Montag dasselbe Bild: Auf dem Scheidemannplatz stehen sich seit Anfang Dezember die „Kasseler gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Kagida) und deutlich mehr Gegendemonstranten gegenüber. Aber in aller Regel sind es zusammen nur einige Hundert Teilnehmer, die von fast genauso vielen Polizisten getrennt werden. Nur kurz vor Weihnachten am 22. Dezember waren es über 2000 Teilnehmer, weil breit zu einer Großdemonstration für ein weltweites Kassel für alle aufgerufen wurde.

Auch in den kommenden Wochen werden sich die Ereignisse wiederholen, ein paar Hundert Demonstranten werden auch weiterhin den Verkehr in der halben Innenstadt lahmlegen. Denn es gibt keine Handhabe, die Demonstrationen an weniger zentrale Orte in der Stadt zu verlegen, wo sie nicht so große Behinderungen verursachen.

Grund dafür ist das hohe Gut des Versammlungsrechts im Grundgesetz, erklärte die



Alles dicht: Dass die montäglichen Demonstrationen so große Behinderungen in der Stadt verursachen, ist kein Grund, diese zu verbieten oder zu verlegen. Foto: Fischer

Pressestelle im Kasseler Rathaus auf Anfrage. Zwar müssen die Demonstrationen im Ordnungsamt angemeldet werden. Doch den Ort der Demonstration zu wählen. „Die Stadt Kassel hat kaum bis keine Einflussmöglichkeiten auf den Versammlungsort“, sagte Pressesprecher Ingo Happel-Emrich.

Übersetzt heißt das: Jeder, der eine Demonstration anmeldet, kann sie veranstalten, wo er möchte, wenn der Ort nicht schon von einem anderen belegt ist. Auf dem Königplatz hätte Kagida vor Weihnachten nicht demonstrieren können. Dort war zu diesem Zeitpunkt schon der Weihnachtsmarkt angemeldet.

Im Rahmen von Artikel 8 Grundgesetz, in dem die Versammlungsfreiheit festgeschrieben ist, „muss eine Behörde die Verwirklichung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit ermöglichen“, sagte Happel-Emrich. Dass dadurch erhebliche Behinderungen im öffentlichen Personennah- und Straßenverkehr entstehen, spiele keine Rolle. „Im Hinblick auf das verfassungsmäßig geschützte Recht der Versammlungsfreiheit muss der Staat trotz zu erwartender hoher Kosten die Durchführung von Versammlungen ermöglichen“, sagt Happel-Emrich. „Finanzielle Aspekte und der Grundsatz der Verhältnis-

Linke: OB fehlt bei Demos

gegen Kagida

KASSEL. Nach Meinung der Partei Die Linke sollte sich Kassels Oberbürgermeister Bertram Hilgen (SPD) an den Demonstrationen gegen Kagida beteiligen. Erfreulich sei, dass die SPD zur Teilnahme an den Demonstrationen aufgerufen habe. „Wir fragen uns aber verwundert, warum es der Oberbürgermeister dieser Stadt bisher nicht für notwendig gehalten hat, sich in der Kagida-Frage eindeutig und öffentlich zu zeigen“, sagte Thorsten Felstehausen, Sprecher des Linken-Kreisverbandes Kassel-Land. „In vielen anderen Städten, in Dresden und Leipzig, in Köln und München gaben die Oberbürgermeister dem Protest ein Gesicht und machten damit deutlich, dass rassistisches Gedankengut keinen Platz in der Mitte der Gesellschaft haben darf.“

Die Linke fordert Hilgen auf, sich den Protesten am Ständeplatz anzuschließen und sich mit seinem Aufruf und seiner Teilnahme am nächsten Montag klar zu positionieren. (clm)